



Bericht aus Berlin

29.05.2009

Angelika Krüger-Leißner, MdB



**Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Leserinnen und Leser,**

am vergangenen Samstag hat unsere wunderbare Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, Gesine Schwan leider nicht die nötige Mehrheit in der Bundesversammlung erhalten. Ich und meine Kolleginnen und Kollegen hätten es ihr so sehr gewünscht. Sie war im letzten Jahr viel im Lande unterwegs und hat die Debatte um eine „soziale Demokratie“ belebt. Die Medien standen dabei nicht immer auf ihrer Seite. Das haben wir besonders in den Tagen vor der Wahl zum Thema „Unrechtsstaat“ mitbekommen. In der Fraktionssitzung und am Abend vor der Wahl hat sie mit uns darüber gesprochen. Nach der knappen Wahl von Horst Köhler, die ziemlich unwürdig zu Ende ging, da der Bundestagspräsident Herr Lammert, die Fäden nicht mehr in der Hand hielt, gab es noch einmal eine Zusammenkunft der SPD, die eine ziemlich traurige Stimmung hatte, aber auch eine große Dankbarkeit gegenüber Gesine Schwan zeigte.



AKL mit Gesine Schwan auf der Bundesversammlung

Für eine Demokratin gebührt es sich, auch Horst Köhler zur Wiederwahl zu gratulieren und ihm viel Erfolg zu wünschen. Viel Spaß beim Lesen, Eure

Angelika Krüger-Leißner

1. Föderalismusreform II

Nachdem die Kommission von Bund und Ländern am 5. März ihre Beratungen abgeschlossen haben, hat der Bundestag heute die Föderalismusreform II verabschiedet. Vorausgegangen waren große Diskussionen auch innerhalb der Fraktion zum Herzstück der Reform

– der **Schuldenbremse**.

Die bestehende Regelung im Grundgesetz konnten den Bund nicht vor einer enormen Schuldenlast bewahren. Die **Zinslast** nimmt

einen hohen Anteil der Ausgaben des Bundes ein. Neben vielen anderen notwendigen und unabwendbaren Ausgaben, entscheidet der Bundestag nur noch über 15 Prozent des Gesamthaushaltes. Wenn wir wieder mehr Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten wollen, wenn wir nicht mehr zu Lasten künftiger Generationen leben wollen, müssen wir dafür sorgen, dass die Schulden- und Zinslasten drastisch sinken. Die neue **verfassungsrechtlich verankerte Schuldenregel** ist ein wichtiger Schritt. Im **Grundsatz** gilt, dass **Bund und Länder in ihre Haushalte ohne neue Kredite ausgleichen** müssen. Diese Schuldenregel orientiert sich an den Kriterien des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Sie unterscheidet dabei aber insbesondere die strukturelle und konjunkturelle Situation der Haushalte.

Dem Bund wird ab 2016 eine jährliche Neuverschuldung und damit ein strukturelles Defizit von 0,35 Prozent des BIP erlaubt. In konjunktureller Normallage sind das 8,5 Mrd. Euro statt derzeit 25 Mrd. Euro. Für die Länder gilt ab 2020 eine strukturelle Nullverschuldung.

Konjunkturbedingt können sich Bund und Länder weiterhin in Höhe von 3 Prozent des BIP verschulden. Das sind etwa 50 Mrd. Euro. Allerdings müssen diese Defizite im Aufschwung



Bericht aus Berlin

29.05.2009

Angelika Krüger-Leißner, MdB



wieder zurückgeführt werden. Das war bisher nicht der Fall. Ich bin froh, dass wir diesen Vorsorgegedanken jetzt grundgesetzlich festgeschrieben haben. Er zwingt uns in guten Zeiten den Haushalt zu konsolidieren und nicht durch Steuersenkung oder überzogene Ausgabenwünsche zu ruinieren.

2. Verbesserungen für Frauenhäuser

Im Ausschuss für Arbeit und Soziales haben wir einen Antrag, eine einheitliche Finanzierung der Frauenhäuser in Deutschland anzustreben und somit deren Situation deutlich zu verbessern, beschlossen.

Körperliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen sind keine Ausnahme mehr. Wir müssen den betroffenen Frauen den notwendigen Schutz gewähren. Frauenhäuser sind dabei zu unverzichtbaren Einrichtungen geworden.

Mit dem Beschluss haben wir einen wichtigen Schritt zum **besseren Schutz von Frauen und Kinder vor häuslicher Gewalt** getan. Denn obwohl Deutschland bei der Versorgung von Frauenhausplätzen an der Spitze Europas steht, gibt es **große Finanzierungsschwierigkeiten der Frauenhäuser**. So auch immer wieder unsere Häuser in **Oranienburg und Rathenow**.

Die Zuständigkeit liegt bei den Ländern. Dadurch gibt es bei der Finanzierung große Unterschiede. Deshalb halte ich es für richtig, eine rechtlich zulässige bundesweit einheitliche Finanzierung der Frauenhäuser anzustreben. Dazu bedarf es aber der Zustimmung der Länder.

Ich bin überzeugt, dass es mit der Entscheidung gelingen wird, die Finanzierung von Frauenhäusern auf eine zuverlässige, auskömmliche und kontinuierliche Basis zu stellen.

3. Bundesförderung für die Seegefelder Kirche in Falkensee und die Mönchmühle in Mühlenbeck

Endlich ist es geschafft: beide Kulturdenkmäler werden mit Bundesmitteln gefördert. Ich freue

mich über diesen großartigen Erfolg, denn ich habe hart darum gekämpft. Beim nächsten Mal werde ich mehr darüber berichten.

3. Termine

Sonntag, 31. Mai 2009

11.00 Uhr Besuch der Freiwilligen Feuerwehr in Falkensee gemeinsam mit Bürgermeister Heiko Müller anlässlich des Tags der offenen Tür

Montag, 1. Juni 2009

11.00 Uhr Pressegespräch beim Tag der offenen Tür der Mönchmühle anlässlich des Deutschen Mühlentages 2009 in Mühlenbeck

Dienstag, 2. Juni 2009

12.00 Uhr Teilnahme an „10 Jahre Oranienburger Tafel“, in Oranienburg

15.30 Uhr Besuch der Baustoffwerke Havelland in Germendorf

Mittwoch, 3. Juni 2009

10.00 Uhr Besuch der Firma Alu-Druckguss GmbH in Brieselang

12.00 Uhr Besuch der Kita in Bredow mit Ortsvorsteher Karsten Schlichte

14.00 Uhr Informationsgespräch zu den Maßnahmen des KP II in Brieselang mit Bürgermeister Wilhelm Garn

15.30 Uhr Bürgersprechstunde im Künstlerhof in Brieselang

18.30 Uhr OV SPD Oranienburg

Donnerstag, 4. Juni 2009

8.00 Uhr AKL arbeitet gemeinsam mit Landtagskandidat Tino Kunert 1 Tag in der Kita am Schlosspark in Oranienburg mit

Freitag, 5. und 6. Juni 2009

Einladung Zweitägige Berlin-Reise mit Mitarbeitern des Horizont e.V.

17.30 Uhr Teilnahme an den Festaktivitäten zu 100 Jahre Freiwillige Feuerwehr Dallgow-Döberitz

Samstag, 6. Juni 2009

14.00 Uhr Grußwort anlässlich 100 Jahre Freiwillige Feuerwehr in Bergfelde